



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

M.: Drinnen und draußen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Drinnen und draußen

**Deutschtum in Masuren.** Nach Abfassung meines Aufsatzes über „Die wirtschaftliche Bedeutung der Abstammungsgebiete in Nr. 2“ wurden mir die Angaben über die Nationalität der Abstammungskreise in Ost- und Westpreußen nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 zugänglich gemacht. Danach hat das Deutschtum in Masuren seit 1905, auf welches Jahr sich die im Aufsatz mitgeteilten Verhältnis-zahlen beziehen, sehr beträchtliche Fortschritte gemacht. Der Prozentsatz polnisch (bzw. masurisch) sprechender Bewohner ist im Kreise Ortelsburg von 76 auf 69, in Neidenburg von 70 auf 63, in Johannisburg von 73 auf 67, in Lyck von 56 auf 50, in Sensburg von 54 auf 50 gefallen, so daß sich in Lyck und Sensburg 1910 die beiden Nationalitäten die Waage hielten. Das Verhältnis der Deutschen ist in Allenstein von 51 auf 57, in Osterode von 54 auf 59, in Löben von 58 auf 66, in Köffel von 85 auf 86 gestiegen. Über die Verhältnisse im Kreise Oletzko, der ja zum Regierungsbezirk Gumbinnen gehört, konnte ich keine neuen Angaben erhalten. Von den westpreußischen Kreisen ist nach der Zählung von 1910 Rosenbergr zu 93, Marienwerder zu 63 v. H. deutsch, während das Verhältnis in Marienburg und Stuhm das gleiche geblieben ist. Und dabei ist von Marienburg und Marienwerder der größere Teil bereits zu Polen geschlagen worden! Wie groß die Zahl der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet lebenden Personen aus dem Abstammungsgebiet bereits 1910 war, ergibt sich aus folgenden Angaben. Im gesamten Industriegebiet lebten danach 218 369 Ostpreußen, 94 714 Westpreußen, 153 187 Posener und 31 301 aus dem Bezirk Oppeln. Die größere Hälfte der Ostpreußen stammt ohne Zweifel aus Masuren, das von jeher dem Kohlengebiet weit mehr Arbeiter zugesandt hat, als die höher entwickelte Nordhälfte der Provinzen. In den Kreisen Gelsenkirchen (Stadt und Land) lebten 40 815, in den Kreisen Dortmund 22 323, in Bochum 11 235, in Recklinghausen 15 265, in Buer 10 415, in Duisburg 5055 Ostpreußen. Die Zahl der Oberschlesier war

besonders groß in Dortmund und Gelsenkirchen. Als polnisch Sprechende wurden im ganzen 247 028 bezeichnet, darunter nur 20 412 aus Ostpreußen. W. Halbsaf

**Unser Verhältnis zu den Deutschen in Polen.** In einem beachtenswerten Abschiedsartikel schreibt die „Thorner Zeitung“ vom 18. Januar: „Gott schütze Westpreußen!“ Das sind die letzten Worte in dem Korpsbefehl des Befehlshabers, mit dem er sich von den deutschen Teilen Westpreußens verabschiedet, die an Polen fallen. Wir werden Wünsche brauchen können, aber auch Taten. In Berlin weiß man von den Nöten der Bevölkerung im abzutretenden Gebiet nichts oder will nichts wissen. Die Reichsregierung erließ einen Aufruf, in dem sie anerkennt, daß uns hartes Unrecht geschieht, da uns das Recht der Selbstbestimmung versagt geblieben ist, und drückt die Hoffnung aus, daß auch uns eines Tages dieses nationale Grundrecht zugesprochen werden wird. Zum Schluß wird uns zugerufen: „Treue um Treue! Für das Recht unseres Volkstums wollen wir miteinander einsehen alle Zeit und mit ganzer Kraft.“

Das sind Worte, schöne und große Worte, aber auch nichts mehr als Worte. Als die Frage der Gleichstellung der polnischen Valuta mit der deutschen auftauchte, wandten sich viele deutsche Kaufleute an das Berliner Auswärtige Amt mit der Bitte um Hilfe oder Gegenmaßregeln. Denn die Gleichstellung der polnischen Mark mit der deutschen wird besonders bei Hypothekenregelungen die schwersten nachteiligen Folgen nicht nur für Deutsche, sondern natürlich ebenso auch für Polen haben. Aber es geschah nichts zum Schutze des deutschen Eigentums, man hat uns auf dem verlorenen Posten aufgegeben! In bitterer Scham müssen wir es gestehen, nicht nur bei dieser einen, sondern auch bei so vielen anderen Gelegenheiten zeigte es sich, daß man uns vergessen hat! Und darum rufen wir heute, wo wir es vielleicht zum letztenmal noch öffentlich tun dürfen, denn morgen kommen die Polen und mit ihnen

der verschärfteste Belagerungszustand, der deutschen Regierung zu: „Vergeßt uns nicht! Ihr habt uns ermahnt, unser Geschick mit Würde zu tragen und uns in das Unvermeidliche zu fügen. Wir wollen es tun, wir fügen uns, wir haben die feste Absicht, loyale polnische Staatsbürger zu werden! Aber unsere kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften wollen wir behalten, und darin müßt ihr in Berlin, ihr Deutschen im ganzen Reich, uns unterstützen! Nicht durch Worte oder durch hirnlose provozierende Proteste, wie es jüngst in Berlin geschehen ist. Unterstützt uns durch Taten! Das ist unser Wunsch, unsere flehende Bitte. Und die Regierung kann es tun, wenn sie nur will. Da ist zum Beispiel nur die Frage der Ausweisung, mit der viele Deutsche hier im abzutretenden Gebiete rechnen müssen. Sollte sie in großem Maßstabe einsetzen, so hat die deutsche Regierung es in der Hand, durch Gegenmaßregeln dem entgegenzuwirken. Es leben viele Polen in Deutschland, denen dasselbe Schicksal drohen müßte, selbst an den Zehntausenden in den westlichen Industriegebieten dürfte man nicht vorübergehen, da durch die Arbeitslosigkeit in Deutschland und die baldig zu erwartende Rückkehr der Gefangenen Arbeitskräfte zum Ersatz vorhanden sind. Die in Deutschland ausgewiesenen Polen dürften wiederum das große Heer der polnischen Arbeitslosen vermehren und dem polnischen Staate neue Lasten und neue Sorgen bereiten. Im umgekehrten Falle aber bitten wir die Regierung in Berlin, ein wachsameres Auge auf die vielen reaktionären höheren Beamten im deutschen Reich zu richten, denen die von uns so oft verdammte hatatistische Politik der früheren Regierung so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß sie sich noch heute nicht von ihr frei machen können. Verurteilt schonungslos jedes provozierende Verhalten solcher Beamten gegen die Polen in Deutschland, so lange man uns hier in Ruhe arbeiten läßt, zu unserem und zum Wohle unseres neuen Vaterlandes. „Auge um Auge, Zahn um Zahn,“ aber nur, wenn man uns hier im abzutretenden Gebiet zuerst angreift! Wir haben Organisationen geschaffen, die geeignet sind, das gesamte

Deutschtum im Polenreich ohne Unterschied der Parteien zu vertreten. Bleibt in Fühlung mit diesen, hört auf unsere Wünsche, trefft keine Maßnahmen, ohne uns zu fragen, arbeitet mit uns Hand in Hand! Nur so ist es möglich, unser Deutschtum zu wahren, nur so könnt ihr uns wirklich helfen!“

Aber nicht nur Forderungen, auch Pflichten haben wir der deutschen Regierung gegenüber. Die erste, vornehmste ist es, unser Deutschtum zu beweisen. Dazu wird uns die Gelegenheit bald geboten werden, kurze Zeit nach der Übergabe werden die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung, und nur wenig später die zum polnischen Landtag stattfinden. Gerne erkennen wir an, daß das der Freiheit entspricht, die der polnische Staat seinen Landeskindern zu gewähren versprochen hat, selbst wenn die Wahlen unter dem verschärftesten Belagerungszustand vor sich gehen sollten. Von den deutschen Parteien werden gemeinschaftliche Listen aufgestellt werden, die Auswahl der Kandidaten wird auf demokratischer Grundlage geschehen, alle Parteirichtungen und Berufsinteressen werden vertreten sein. Da ist es unbedingte Pflicht jedes Deutschen, nicht nur sein Wahlrecht auszuüben, das ist so selbstverständlich, daß es hier nicht einmal mehr ausgesprochen werden dürfte, sondern auch, daß man tätig ist für die Wahl, daß man Wahlarbeit leistet für das Deutschtum. Etwa doch noch vorhandene Säumige müssen aufgerüttelt, Unentschiedene bearbeitet werden. Und das ist nicht nur Männerarbeit, auch Frauen müssen sich hierbei betätigen. Die Wahlen werden wie die deutschen nach dem System der Verhältniswahlen stattfinden, das gleiche, allgemeine, aktive und passive Stimmrecht haben auch die Frauen. Hier können wir nun beweisen, daß wir der Unterstützung der deutschen Regierung, der Hilfe aus allen Teilen unseres einstigen Vaterlandes wert sind:

Wählt alle ohne Ausnahme deutsch, beweist der deutschen Regierung, daß ihr wert seid der Unterstützung, die wir fordern!

#### Südosteuropäische Nationalitätenpolitik.

Die ideologische Forderung des Minoritätengesetzes in den verschiedenen Friedensdikтата war bislang nicht mit Unrecht als eine

nur immer gegen Deutſchland und Deutſchtum gerichtete Ausmünzung Wiſonſcher Gedankenſpiele betrachtet worden.

Mit einer gewiſſen Spannung haben wir die innerpolitiſchen Wandlungen der ſüdöſtropaïſchen Staaten verfolgt, immer noch in der leiſen Hoffnung, aus von uns kaum beeinflußbaren Konſtellationen die Annäherung an den Minderheitſchutzgedanken hervorgehen zu ſehen.

Für die Tſchechoſlowakei ſcheint Verzicht geboten. Die Schulpolitik dieſes Staates bedeutet kraſſeſte Vergewaltigung. Zwar ſind Verordnungen von der ſubjektiv gutwilligen Tſchjarregierung ergangen. Die Tatſachen ſprechen für ſich. In Budweis iſt das während des Krieges mit Militär belegte deutſche Lehrerſeminar bis heute nicht freigegeben worden. Die Turnhalle überließ man zum Überfluß an eine tſchechiſche Jugendorganisation als Vereinsheim. — In einem kleinen Orte mit überwiegend deutſcher Bevölkerung ordnete der tſchechiſche Schulrat Schließung der Volkſchule an und verwies die deutſchen Schulkinder an eine mehrere Beſtunden entfernte Gemeinſchule. Für ſechs oder ſieben tſchechiſche Schulpflichtige will man in dem genannten Orte dafür eine eigene Schule einrichten.

Die ſchärſten Maßnahmen, die auch kulturpolitiſch von größter Bedeutung ſind, hat man gegen die deutſche Univerſität Prag ergriffen, die damit praktiſch aufgelöst iſt, ohne aber das Recht zu haben, mit ihrem Lehrkörper und den erforderlichen Lehrmitteln und Inſtitutseinrichtungen geſchloſſen in das deutſchböhmische Gebiet überzuſiedeln. Zwar hat Maſaryk ſeine Unterſchrift neueren Nachrichten zuſolge verweigert, doch bleibt der ſtarke nationaliſtiſche Druck auf die Regierung beſtehen.

Günſtiger ſcheinen ſich die Verhältniſſe in Ungarn geſtalten zu wollen. Die Deutſchungen warnen allerdings vor Überſchätzung der aus außenpolitiſchen Beweggründen erlaſſenen Verordnungen. Wir beſchränken uns deſhalb auf objektive Wiedergabe. Graf Apponyi, der Leiter der ungarischen Delegation, hat gegenüber Edmund Steinacker, einem angeſehenen Führer der deutſchen

Bewegung in Ungarn, kurz vor ſeiner Abreiſe erklärt, daß die von ihm ſelbſt biſher betriebene Nationalitätenpolitik nunmehr fallen geſaſſen werden müſſe. Er ſei zu der Überzeugung gekommen, daß nur eine im weitgehendſten Maße liberale Nationalitätenpolitik im ungarischen Intereſſe liege.

Der Hintergrund dieſer Äußerungen iſt durchſichtig. Ungarn hatte Hoffnungen, Deutſch-Ungarn zu behalten, wollte ſich die Bevölkerung für eine Abſtimmung ſichern, wie es auch gegenüber Slowaken, Rumänen und Banater Schwaben mit dem Zuckerbrot der Selbſtbeſtimmung arbeitete.

Apponyis private Erklärungen liegen Wochen zurück. Man wartet bis heute, daß er ſie vor der Öffentlichkeit vertritt.

Zimmerhin hat der Unterrichtsminiſter inzwiſchen eine weitgehende Verordnung über die Unterrichtſprache erlaſſen, bemerkenswerterweiſe zuſammen mit dem in deutſchen Kreiſen übel berüchtigten Miniſter für die nationalen Minderheiten, dem Neugegaten Jakob Bleyer.

Nach dieſer Verordnung ſind an den Elementarſchulen in der Muttersprache zu lehren: Religion, Leſen, Schreiben und Rechnen, die anderen Gegenstände können auch in magyariſcher Sprache behandelt werden, es ſei denn, daß weniger als zwanzig magyariſche Schulkinder vorhanden ſind.

Man muß bedenken, daß die deutſchen Minoritäten, wenn auch in Sprachinfeln verſtreut, die von ihnen bewohnten Ortſchaften zahlenmäßig beherrſchen. Sogar für den Fall der Gemiſchtſprachigkeit innerhalb einer Gemeinde ſollen die ſchon vorhandenen verſchiedenen Schulen nach dem Zahlenverhältnis der Bevölkerungselemente aufgeteilt werden. Das bedeutet zum Beiſpiel für Budapest die Überlaſſung von mindestens dreißig Elementarſchulen an die Deutſchen.

Des Weiteren beſchäftigt ſich der Erlaß mit der Schulorganisation und ordnet die Singuziehung von Fachleuten aus den nationalen Minderheiten zu den Schulinspektoraten an.

Das Bedenken der Deutſchen iſt erllärlich nach den biſherigen Erfahrungen mit der

Durchführung des Sprachengesetzes von 1869, das immer auf dem Papier blieb.

Die jetzigen Maßnahmen werden uns von befreundeter deutsch-ungarischer Seite erklärt als Antwort auf den von der Entente ausgeübten Druck, als eine Verbeugung gegenüber den Christlich-Sozialen in Deutsch-Österreich, zu denen sich die Fäden wieder reicher spannen, als innerpolitische Maßnahme zur Wahlpropaganda, da nur eine auf breiterer Grundlage zustande gekommene Nationalversammlung nach dem Willen der Entente über die Ratifikation des Friedens abstimmen darf und man mit Recht Obstruktion der Minoritäten fürchtet.

F. E.

**Die Stimmung in Südtirol.** Im „Corriere della Sera“ vom 28. Dezember veröffentlicht Ugo Djetti einen langen Artikel über die Stimmung in Südtirol, dem man die Bestürzung über die Ergebnisse seiner Untersuchung, sowie das augenscheinlich besonders in norditalienischen Handelskreisen starke Verlangen nach einer annehmbaren Regelung der Verhältnisse deutlich anmerkt. Die Treue der Südtiroler zu Österreich, zu Franz Joseph und dem Kaiserhause grenze an Verrücktheit. Der italienische Sieg würde von den Tirolern lediglich als Wagenfrage betrachtet und das Land hielte nach wie vor zu Österreich. Schon auf der Trambahn habe man ihm mit unangenehmer Deutsch-

heit von allen Seiten „Franz-Josephs-Platz“ entgegengeschrien. Der Bürgermeister von Bozen aber, Dr. Julius Perathoner, habe geäußert: „Italien? Die italienische Freiheit? Wir kennen sie nicht, wir wissen nichts von ihr. Wir haben sie nie erfahren. Diese ist Knechtschaft. Unter Österreich waren die Südtiroler innerhalb unserer Grenzen vom Brenner bis Salurn, von Toblach bis Franzensfeste frei. Sagen Sie nicht Alto Adige (Oberetsch). Dieser Name ist eine Erfindung des Herrn Tolomei. Er hat niemals existiert. Sagen Sie Deutsch-Südtirol. Ganz deutsch. Wir wollen unseren Landtag. Wir wollen im eigenen Hause befehlen, unsere eigenen Gesetze machen, unsere eigenen Schulen haben. Unsere Brüder wohnen nördlich des Brenner, nicht südlich von Salurn. Die Trentiner sind unsere Feinde. Sie sind es immer gewesen und werden es immer bleiben.“ Djetti warnt dann vor überstürzten Maßnahmen sowohl wie vor unentschiedenen und halben Lösungen und erzählt von dem Fall einer deutschen Schule, die 146 deutsche und 141 italienische Zöglinge zählte. Als man sie durch eine italienische Schule ersetzen wollte, hat die ganze oder fast die ganze Bevölkerung erklärt, daß die deutsche Schule vollkommen genüge und dem italienischen Lehrer, der eifertig herbeigeschafft worden war, wurde jede Unterkunft verweigert.

M.



## Bücherschau

**Waldemar Dehle**, Geschichte der deutschen Literatur. Bielefeld und Leipzig, Velhagen u. Klasing, 1919, 442 S. Broschiert 10 Mark, geb. 18,50 Mark.

Der Verfasser spricht auf Seite 421 seines gründlichen und gelungenen Werkes die Vermutung aus, es werde eine kurzgefaßte Literaturgeschichte eher von der Jugend als von dem reiferen Alter gelesen. Zweifellos wird das im allgemeinen zutreffen. Für sein Werk sei aber ausdrücklich

betont, daß es für jeden Kreis, für jede Altersstufe geeignet ist, wenn sie darin nicht allein Wegweiser, sondern vor allem eine Anleitung zum selbständigen Erfassen einer Dichterpersönlichkeit, eines Zeitabschnittes, einer Einordnung in den gesamten Verlauf der deutschen Literaturgeschichte und damit in die Kulturgeschichte überhaupt suchen. Denn das sind die beiden Hauptvorzüge dieser trefflichen Arbeit, die sich damit als unbedingt berechtigt zum Erscheinen be-